

KV-Verhandlungen des FMWI nach dritter Runde unterbrochen. Maschinenbauer enttäuscht über mangelnde Einsicht der Gewerkschaft zu Notwendigkeit der Standortsicherung

Wien, 14. 10. 2014 - Die fast achtstündigen Verhandlungen von FMWI und Gewerkschaften endeten heute ohne Abschluss. Als Stolpersteine für die erhoffte KV-Einigung haben sich einerseits die Freizeitoption und andererseits die Gewerkschaftsforderung nach einer Abgeltung der im internationalen Vergleich extrem hohen österreichischen Inflation im Rahmen der Lohn- und Gehaltserhöhungen erwiesen. Verärgert ist der FMWI über die bereits vor dieser Verhandlungsrunde von den Gewerkschaften für Donnerstag einberufenen Betriebsversammlungen und fordert ein Ende der Theatralik.

Die österreichische Maschinen- und Metallwaren Industrie (MMI) lebt vom Export, weit über 80 % ihrer Produktion gehen ins Ausland. Umso stärker spürt sie daher den Kostendruck im internationalen Wettbewerb - eine extrem schwierige Ausgangslage für eine Industrie in jenem Land mit den am schnellsten wachsenden Arbeitskosten der Eurozone.

Ein Abschluss auf Basis der österreichischen Inflationsrate wäre daher eine unzumutbare Belastung. Die Teuerung in Österreich beträgt mehr als das Dreifache des EU-Schnitts. Unter den Mitbewerbern der MMI hat Deutschland derzeit mit 0,8 % die höchste Inflation, aber weniger als halb so viel wie Österreich. Tschechien liegt bei 0,7 %, Frankreich bei 0,5 %, Italien und Slowakei sogar bei -0,2 %. „Würden wir unsere heimische Teuerung voll abgelteten, käme es zu einer weit überproportionalen Erhöhung unserer Arbeitskosten“, so FMWI-Verhandler Veit Schmid-Schmidfelden. „Unsere Erhöhung, zu der wir natürlich stehen, muss sich auch an den Abschlüssen unserer Nachbarn orientieren - ein deutlich höherer Abschluss als etwa in Deutschland oder Italien würde uns Wettbewerbsfähigkeit und damit Jobs kosten. Die Unternehmen können die Abgeltung nicht stemmen - es braucht eine politische Lösung. Außerdem wird die Inflation ja vor allem vom Staat angeheizt - mit extrem hohen Gebühren, gestiegenen Mobilfunkkosten nach der Versteigerung der Lizenzen usw.“

Aufhören müsse man laut Schmid-Schmidfelden auch mit der Behauptung, die Betriebe würden fleißig Gewinne an Aktionäre ausschütten und das Management überbezahlen: „Unsere Zahlen sagen das Gegenteil, wir sind eine Branche mit 80 % KMU. Vielleicht muss man das ausschreiben, damit die Botschaft ankommt: Es geht uns um die Klein- und Mittelbetriebe. Viele der Betriebsräte, die uns gegenüber sitzen, kommen aus sehr großen Betrieben, die ganz anders funktionieren. Offenbar verstehen sie unsere Branche deshalb nicht und vergleichen hartnäckig Äpfel mit Birnen. Damit werden aber Vorurteile auf Kosten der vielen KMU geschürt, die kämpfen. Auch deshalb verhandeln wir eigenständig.“

Freizeitoption ist vom Verhandlungstisch

Die Freizeitoption der Gewerkschaften lehnt der FMWI nach wie vor ab. Sie würde die Maschinenbauer kostenmäßig massiv belasten und noch dazu ihre Flexibilität weiter einschränken. Aufgesparte Freizeit zur falschen Zeit konsumiert würde bedeuten, dass entweder mögliche Aufträge nicht angenommen werden könnten oder zusätzliche Überstunde anfallen würden. „Dass sie Arbeitsplätze bringen würde, ist eine Mär. Im Gegenteil - in unserer Branche würde sie Jobs vernichten. Wir brauchen eine echte Flexibilisierung, die wird uns ab dem KV-Abschluss wieder

beschäftigen“, begründet Schmid-Schmidfelden das Nein der Arbeitgeber zu dieser Gewerkschaftsforderung.

Der Druck auf die MMI wächst beständig

Der Obmann der Maschinenbauer, Christian Knill, erläutert dazu noch einmal, warum dem Fachverband extrem wenig Spielraum für Lohn- und Gehaltserhöhungen und andere Vereinbarungen bleibt: “Unsere Produktion lag zur Jahreshälfte bei - 3 %, die Aufträge bei - 2,3 %. Sogar die Beschäftigung ist schon um - 1,6 % gesunken. Das ist ein Alarmzeichen, noch dazu zeigen alle Trends für das zweite Halbjahr weiter nach unten - wir müssen uns noch für weit schlechtere Zeiten aufstellen.“ Steigende Akquisekosten, extreme Auftragsschwankungen und sinkende Erträge sind die Realität der Branche, die heute noch der größte Industriebereich in Österreich ist.

Knill appelliert daher an den Realitätssinn der Gewerkschaften: „Der Standort Österreich braucht jetzt Weichenstellungen, die langfristig Aufträge und damit Beschäftigung sichern und die Industrie vor einer weiteren Erosion schützen. Die Betriebsversammlungen der Gewerkschaften sind kontraproduktiv und angesichts der dramatischen Lage verantwortungslos, aber an unserem Verhandlungsauftrag ändern Sie nichts.“

Aktuelle Grafiken finden Sie unter

<http://www.fmmi.at/presse-aktuelles/presseaussendungen/download-grafiken/>

Der Fachverband der MASCHINEN & METALLWAREN Industrie ist die gesamtösterreichische Vertretung aller Unternehmen aus den Industriezweigen Maschinenbau, Anlagenbau, Stahlbau und Metallwaren, die im Jahr 2013 gemeinsam einen Produktionswert von 34,5 Milliarden Euro erwirtschafteten. Die mittelständisch strukturierte Branche stellt mit rund 1.200 Unternehmen und knapp unter 120.000 Beschäftigten das Rückgrat der industriellen Beschäftigung in Österreich dar. Oberstes Ziel des Fachverbandes ist die Mitwirkung an der Gestaltung von maßgeblichen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um den erfolgreichen Fortbestand der Unternehmen der Maschinen- und Metallwarenbranche im internationalen Wettbewerb und Arbeitsplätze zu sichern.

Rückfragen:

Dr. Berndt-Thomas Krafft, Fachverband MASCHINEN & METALLWAREN Industrie

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: +43 (0)5 90 900-3482

E-Mail: krafft@fmmi.at